

# Das Ende des Ersten Weltkrieges

Nachdem die militärische Situation Deutschlands im Laufe des Jahres 1918 immer aussichtsloser geworden war und seine Verbündeten bereits kapituliert hatten, übermittelte Reichskanzler Max von Baden am 5. Oktober ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten. Darin bat er Woodrow Wilson, auf Basis seines 14-Punkte-Programms die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und einen sofortigen Waffenstillstand herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten und die alliierten Mächte erklärten am 5. November ihre Bereitschaft zum Friedensschluss. Am 9. November verkündete von Baden dann die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und übergab die eigenen Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD.

Die Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges wurden dann durch den Waffenstillstand im Wald von Compiègne vom 11. November 1918 beendet. Die verheerende Bilanz: die Mittelmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, das

Osmanische Reich und Bulgarien) kamen zusammen auf fast vier Millionen, die Entente (Großbritannien, Frankreich, Russland, die Vereinigten Staaten u. a.) beklagte mehr als fünf Millionen tote Soldaten. Insgesamt kamen 20 Millionen Menschen ums Leben, die Hälfte davon Zivilisten. Die Zahl der Verletzten belief sich auf 21 Millionen.

Nach dem Krieg kam es zu gewaltigen politischen und sozialen Umwälzungen: 14 neue Staaten entstanden, es gab 11.000 km neue Außengrenzen. Dies führte zu Zwangswanderungen bisher nicht gekannten Ausmaßes: es wird geschätzt, dass in Europa Mitte der 1920er Jahre die Zahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umsiedler bei fast zehn Millionen Menschen lag. Allein die Mittelmächte hatten mindestens zwei Millionen Menschen aus ihren verloren gegangenen Territorien aufzunehmen.



Europa vor und nach dem Ersten Weltkrieg  
Karte, aus: H. D. Schmid, Fragen an die Geschichte. Das 20. Jahrhundert, Berlin 1999.  
Mit freundlicher Genehmigung des Cornelsen-Verlags.

Die beiden Karten verdeutlichen die politischen und territorialen Umwälzungen nach dem Ersten Weltkrieg. Verbunden waren diese Änderungen mit Zwangswanderungen von Millionen Menschen.



Die Staatsoberhäupter der Mittelmächte vor 1918 (von links nach rechts):  
Kaiser Wilhelm II. (Deutsches Reich)  
Kaiser Franz Joseph I. (Österreich-Ungarn)  
Sultan Mehmed V. (Osmanisches Reich)  
Zar Ferdinand I. (Bulgarien)

## Das 14-Punkte-Programm Wilsons

Die USA waren erst 1917 in den Ersten Weltkrieg eingetreten. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson setzte seine Friedensbemühungen dennoch fort. Am 8. Januar 1918 entwarf er in einer Rede vor beiden Häusern des US-Kongresses seine Vorstellungen einer Nachkriegsordnung. In 14 Punkten skizzierte er die Grundzüge einer Friedensordnung für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Diese umfasste unter anderem die Schaffung eines Völkerbundes, der als friedenssichernde Einrichtung fungieren sollte, die Wiederherstellung Belgiens, die Wiedergutmachung für begangenes Unrecht, den Wiederaufbau zerstörter Gebiete und die Räumung Russlands von allen ausländischen Truppen. Dazu zählte auch eine umfassende Neuordnung Europas nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, darunter die Rückkehr Elsass-Lothringens zu Frankreich. In Artikel 13 geht es um die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, der alle Gebiete umfassen sollte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind.

# Die Pariser Vorortverträge

Sowjetrussland hatte bereits am 3. März 1918 mit den Mittelmächten den Friedensvertrag von Brest-Litowsk abgeschlossen und war als Kriegsteilnehmer ausgeschieden. In den Jahren 1919/20 wurden dann zwischen der Entente und den Mittelmächten die sogenannten Pariser Vorortverträge abgeschlossen, die den Ersten Weltkrieg völkerrechtlich beendeten. Neben dem Versailler Vertrag waren dies die Friedensverträge von Saint-Germain-en-Laye mit Österreich, von Neuilly-sur-Seine mit Bulgarien, von Trianon mit Ungarn und von Sèvres mit dem Osmanischen Reich.

Die Friedensverhandlungen mit Deutschland begannen am 18. Januar 1919 in Versailles bei Paris. Deutschland war zwar mit einer Delegation unter Leitung von Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau vor Ort vertreten, hatte aber nur einen Beobachterstatus. Hauptakteure waren die „Großen Drei“: neben dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau der amerikanische Präsident und spätere Friedensnobelpreisträger Woodrow Wilson und der britische Premierminister David Lloyd George.



Wikimedia Commons

## Die „Großen Drei“

Foto, 1919

Die maßgeblichen Politiker bei den Friedensverhandlungen in Versailles (von links): der britische Premierminister David Lloyd George, der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau und der amerikanische Präsident Woodrow Wilson.

Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Delegation ein erster Entwurf des Vertrags überreicht, die deutschen Änderungswünsche wurden abgewiesen. Aus Protest dagegen trat die Regierung Scheidemann zurück. Die Weimarer Nationalversammlung stimmte der Annahme des Vertrags unter alliiertem Druck schließlich zu. Am 28. Juni 1919 – auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo – schlossen 27 alliierte und assoziierte Staaten und das Deutsche Reich den Friedensvertrag im Spiegelsaal des Versailler Schlosses. Für Deutschland unterzeichneten Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) und Außenminister Hermann Müller (SPD). Am 10. Januar 1920 trat der Friedensvertrag von Versailles in Kraft.

Da insbesondere der US-Kongress erhebliche Bedenken gegen den Vertrag und den damit verbundenen Beitritt zum Völkerbund hatte, ratifizierten die Vereinigten Staaten das Vertragswerk nicht. 1921 wurde mit dem Berliner Vertrag ein Separatfrieden mit Deutschland geschlossen.



Bundesarchiv Bild 102-1027-04

## Die deutsche Delegation für Versailles

Postkarte, Januar 1919

Fotograf: August Scherl

Die deutsche Friedensdelegation (von links nach rechts): der aus Münster gebürtige Völkerrechtler Professor Walther Schücking, Reichspostminister Johann Giesberts, Reichsjustizminister Otto Landsberg, der Leiter der Delegation Reichsminister des Auswärtigen Dr. Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, der Präsident der preußischen Landesversammlung Robert Leinert und der Jurist Dr. Karl Melchior.

## Vertragsunterzeichnung in Versailles

Foto, aus: Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Weiß, Berlin 1939

Durch die Vertragsunterzeichnung wurde der Kriegszustand zwischen dem Deutschen Reich und zahlreichen anderen Staaten offiziell beendet.



# Die Vertragsbestimmungen

Der Gesamtvertrag besteht aus 440 Artikeln, aber einige der Bestimmungen lösten in Deutschland Entsetzen aus, insbesondere der Artikel 231. Er legte fest, „dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezungen wurde, erlitten haben.“

Auf diesen sogenannten „Schuldparagraph“ gründeten auch die alliierten Reparationsforderungen. Diese Entschädigungszahlungen wurden 1921 auf 132 Milliarden Mark festgesetzt. Die Forderungen wurden zwar nach und nach reduziert, aber erst 1932 erklärten sich die Alliierten in Lausanne bereit, auf weitere Zahlungen zu verzichten. Bis dahin hatte Deutschland tatsächlich 25 Milliarden Goldmark und materielle Sachlieferungen geleistet.

Die Artikel 159 bis 213 enthalten die „Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt“: Deutschland wurde eine Berufsarmee gestattet, die aus maximal 115.000 Mann bestehen durfte. Nicht zugestanden waren schwere U-Boote, Panzer, Schlachtschiffe und chemische Kampfstoffe.

Eine schweren Schock stellten die Gebietsabtretungen dar: neben dem größten Teil Westpreußens und Posens, die neben Südost-Oberschlesien an Polen gingen, verlor Deutschland Eupen-Malmedy an Belgien, Elsass-Lothringen an Frankreich, Nordschleswig an Dänemark und das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei. Das Memelland kam unter alliierte Verwaltung (1923 dann an Litauen), die Kolonien als Mandatsgebiete unter die Aufsicht des Völkerbundes. Das Deutsche Reich musste insgesamt ein Siebtel seines vorherigen Gebietes und zehn Prozent seiner Bevölkerung abtreten.

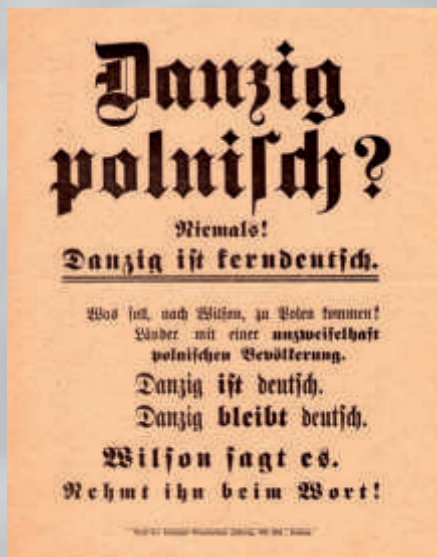
Insbesondere die Festlegung der Grenzen zwischen Deutschland und Polen war höchst umstritten. Angesichts der absehbaren territorialen Forderungen hatte Deutschland bereits während der Verhandlungen Entgegenkommen signalisiert und die Abtretung des größten Teils der Provinz Posen angeboten, die zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits weitgehend unter polnischer Kontrolle war. Darüber hinaus wäre man bereit gewesen, Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zur Ostsee unter internationaler Garantie zu gewähren.



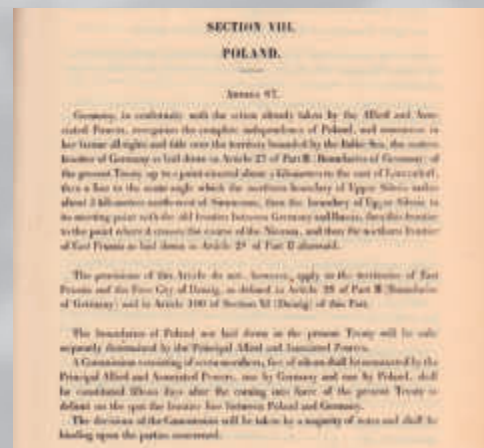
Leichterschmitt/Westpreußen

Protestkundgebung in Thorn  
Foto, 1919

Kundgebung in Thorn gegen die Friedensbedingungen der alliierten Mächte, insbesondere die geplanten Gebietsabtretungen, am 4. Juni 1919.



Deutsches Flugblatt  
Danzig, 1918  
Druck: Danziger Allgemeine Zeitung  
Unmittelbar nach dem Waffenstillstand warnten Deutsche vor einer möglichen Abtretung der Provinzhauptstadt Danzig an Polen.



Gebietsabtretungen  
Textpassage aus: Vertrag von Versailles, 1919  
Der Artikel 87 des Vertragswerks legte die Gebietsabtretungen fest, die vor allem die bisherige Provinz Westpreußen betrafen.

# Eine Provinz verschwindet

Schon der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Wilson zur Gründung eines unabhängigen polnischen Staates hatte in Deutschland für große Unruhe gesorgt. Im Oktober 1918 folgte dann die Erklärung des polnischen Abgeordneten Wojciech Korfanty im Deutschen Reichstag, der neu entstandene polnische Staat werde niemals auf Posen, Pommerellen mit Danzig und bestimmte „polnische“ Kreise Ost- und Westpreußens sowie Ober- und Mittelschlesiens verzichten.

Die polnische Delegation in Versailles stand unter der Leitung von Roman Dmowski, dem Gründer und Vorsitzenden des 1917 gegründeten „Polnischen Nationalkomitees“. Neben der bereits seit Anfang 1919 von Polen kontrollierten Provinz Posen forderte Dmowski umfangreiche weitere Gebiete. Als den polnischen Forderungen Entgegenkommen signalisiert wurde, kam es in Deutschland zu Massendemonstrationen gegen die Gebietsabtretungen im Osten.

Der von Polen nachdrücklich geforderte freie Zugang zur Ostsee ging vor allem zu Lasten Westpreußens, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln deutsch war. Der überwiegende Teil der Provinz mit den größeren Städten Thorn und Graudenz sowie 14 Landkreisen wurde am 10. Januar 1920 der Republik Polen angegliedert und bildete die Woiwodschaft Pommerellen. Dieses Gebiet umfasste eine Fläche von 15.865 Quadratkilo-

metern. In den betroffenen Kreisen hatten 1910 etwa 420.000 Deutsche gelebt.

Zwischen den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen gelegen, wurde dieses Gebiet in Deutschland als „polnischer Korridor“ oder „Weichselkorridor“ bekannt. Während Berlin die Provinz Westpreußen immer als Teil einer Ost-West-Verbindung angesehen hatte, war sie für Polen nunmehr das Endstück einer Nord-Süd-Achse, das den so wichtigen Zugang zur Ostsee darstellte.

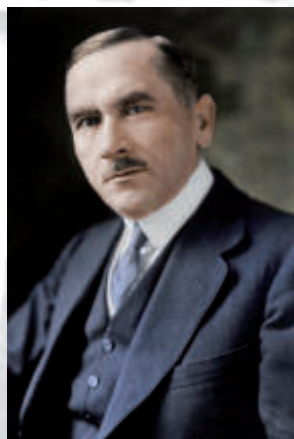
Die im Südwesten der Provinz liegenden Kreise Flatow, Schlochau und Deutsch Krone verblieben bei Deutschland und bildeten mit Posener Teilgebieten die Grenzmark Posen-Westpreußen, die 1938 aufgelöst wurde.

Die bisherige Provinzhauptstadt Danzig wurde Freistaat mit der offiziellen Bezeichnung Freie Stadt Danzig. Dieser dem Völkerbund unterstellte Miniaturstaat verfügte nur über eine eingeschränkte Souveränität und wurde außenpolitisch durch Polen vertreten.

Westpreußen, seit 1772 Teil des Königreiches Preußen, seit 1871 des Deutschen Reiches, hörte mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 auf zu existieren.



**Die ehemalige Provinz Westpreußen**  
Farblithographie, 1919  
Die Propagandakarte verdeutlicht das Ausmaß der Gebietsabtretungen: der größte Teil der hier in rot gehaltenen Provinzen Westpreußen und Posen wurden nach 1920 polnisches Staatsgebiet. Für das ehemals westpreußische Gebiet bürgerte sich schnell der – erstmals in Polen verwendete – Begriff „Korridor“ ein.



**Kundgebung von „heimattreuen“ Westpreußen in Berlin**  
Foto, 1920

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen und der geplanten Gebietsabtretungen war es in Deutschland zu Protesten gekommen. Hier eine Demonstration gegen die Abtretung Westpreußens in Berlin. Das Foto entstand im Vorfeld der Volksabstimmung am 11. Juli 1920.

**Roman Stanislaw Dmowski (Kamionek 1864 – 1939 Drozdowo)**  
Foto, Harris & Ewing 1919  
Roman Dmowski gründete 1917 das Polnische Nationalkomitee (Komitet Narodowy Polski). Er leitete die polnische Delegation während der Friedensverhandlungen in Paris und unterzeichnete den Friedensvertrag von Versailles.

# Die Danziger Frage

Bereits im Mittelalter war Danzig der wichtigste Umschlagplatz und Hafen für Waren aus dem Ordensland Preußen und Polen. Über Jahrhunderte war die Stadt schon de facto ein sehr eigenständiges kleines, eng mit dem Königreich Polen-Litauen verbundenes, Staatsgebilde gewesen. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles erstreckten sich die Gebietsforderungen der polnischen Friedensdelegation auch auf die Stadt Danzig.

1919 setzte sich vor allem Großbritannien für eine Freistaatlösung ein. Der Versailler Vertrag legt in Artikel 102 fest, dass aus der Stadt Danzig und den umliegenden Gebieten die Freie Stadt Danzig gebildet und der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt wird. Am 10. Januar 1920 schied das Gebiet und die Bevölkerung der Stadt Danzig aus dem Deutschen Reich aus. Die Staatsführung ging übergangsweise an die alliierten und assoziierten Mächte über. Nach der Fertigstellung einer neuen Verfassung wurde die „Freie Stadt Danzig“ am 15. November 1920 offiziell verkündet. Unter dem Schutz des Völkerbundes stehend war Danzig danach ein souveräner Staat im Sinne des Völkerrechts. Dazu gehörten ein eigenes Staatsgebiet sowie eine eigene Staatsangehörigkeit. Die Stadt führte eine eigene Wappen, hatte eine unabhängige Gesetzgebung, eine eigene Gerichtshoheit und seit 1923 eine eigene Währung, den Danziger Gulden.



**Großdemonstration in Danzig**  
Foto, aus: Deutschland und der Korridor, herausgegeben von Friedrich Weiß, Berlin 1939  
Insbesondere der britische Premierminister George hatte sich in Versailles für die Schaffung eines Freistaates Danzig eingesetzt. Nach dem Bekanntwerden der alliierten Pläne versammelten sich am 25. April 1919 200.000 Menschen auf dem Danziger Heumarkt, um gegen diese Pläne zu demonstrieren.

Aufgrund der Pariser Konvention vom 9. November 1920 wurde dieser Miniaturstaat außenpolitisch durch die Republik Polen vertreten und Teil des polnischen Zollgebiets. Eine Ergänzung zum Pariser Vertrag stellte das Warschauer Abkommen von 1921 dar, in dessen Folge es 1924 auch zur Errichtung des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte kam. Darüber hinaus erhielt Polen das Recht, im Danziger Hafen einen Post-, Telegraf- und Telefondienst einzurichten.

Die Zwanziger Jahre waren dann im Danzig-Polnischen Verhältnis von wachsenden Streitigkeiten geprägt. So führte etwa der Ausbau des Konkurrenzhafens Gdingen/Gdynia durch Polen zu einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Danzigs.

Seit ihrem Erstarken Anfang der 1930er Jahre praktizierten die Nationalsozialisten einen scheinbar polenfreundlichen Kurs auch gegenüber der in Danzig lebenden polnischen Minderheit. Diese Politik endete schlagartig mit dem Kriegsbeginn 1939, als Danzig völkerrechtswidrig Teil des Deutschen Reiches und in der Folge Verwaltungssitz des Reichsgaus Danzig-Westpreußen wurde.



**Danziger Senat 1921**  
Foto  
Der Senat der Freien Stadt Danzig im Jahre 1921. Sitzend (4. von rechts) Heinrich Sahn. Er war bereits 1919 zum Oberbürgermeister von Danzig gewählt worden. Von 1920 bis 1931 war er Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, danach bis 1935 Oberbürgermeister von Berlin. Bis zu seinem Tod 1939 war er Botschafter in Norwegen.



**Britisches Militär auf dem Langen Markt in Danzig**  
Foto, aus: Schweizer Illustrierte Zeitung 1920



**100 Danziger Gulden**  
Danzig, 1931

Am 18. Dezember 1923 wurde die deutsche Währung in Danzig abgeschafft. Bis 1939 war der Danziger Gulden die offizielle Währung des Freistaates. Sein Wert orientierte sich am englischen Pfund: 25 Danziger Gulden entsprachen 1 Pfund Sterling. Die Banknoten wurden in England gedruckt, die Münzen in den Niederlanden geprägt.

# Angst und Übergang

Die Gebietsforderungen Polens nach dem Ende des Weltkrieges empörten die deutsche Öffentlichkeit massiv. In Westpreußen und Ostpreußen kam es zur Aufstellung von Freikorps und Heimatwehren zum Schutz der Grenzen. Parallel dazu stieg in Danzig und Westpreußen die Angst vor einer gewaltsamen Übernahme des Landes durch die Polen: bereits Anfang 1919 berichteten Zeitungen, dass es im ganzen Land bewaffnete polnische „Kriegervereine“ gäbe und ein Aufstand kurz bevor stehe. Auch wenn sich viele Vorgänge nicht beweisen ließen, entstand und verfestigte sich bis Mitte 1919 eine Stimmung gegenseitigen Misstrauens.

Aus verschiedenen Kreisen Westpreußens kamen Nachrichten über polnische Versammlungen, an denen neben Zivilisten auch Soldaten teilnahmen. Im Kreis Konitz wurde ein polnischer Gutsbesitzer verhaftet, nachdem er sich mit einem Landsmann in „hochverräterischer Art“ getroffen habe. Dort kam es Anfang 1919 auch zu begrenzten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen deutschen Grenzschutzeinheiten und bewaffneten polnischen Gruppen. Staatlicherseits wurde sogar eine Bekanntmachung erlassen, die unter anderem „agitatorische“ Versammlungen der Polen, Auflehnung sowie die Abhaltung militärischer Übungen strikt untersagten. Letztlich konnten die deutschen Behörden jedoch nicht alle Veranstaltungen verbieten. Auch das Tragen von polnischen Abzeichen in der Öffent-

lichkeit war in manchen Kreisen untersagt. Die polnischen Einwohner fühlten sich durch diese Anordnungen zu Unrecht an den Pranger gestellt und sahen darin so etwas wie die „Einführung der militärischen Diktatur“. Tatsächlich kam es nur in wenigen Einzelfällen zu antideutschen Demonstrationen oder Ausschreitungen.

Auch nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919 entspannte sich die Lage nur wenig. Die Angst vor einer gewalttätigen Übernahme der Provinz Westpreußen durch Polen ging zwar vorüber, aber das gegenseitige Misstrauen blieb. Dies steigerte sich noch im Vorfeld der Volksabstimmung im Juli 1920: während die deutsche Seite immer wieder das Schreckgespenst einer künftigen polnischen Herrschaft propagierte, versuchten die Polen ihrerseits, den Deutschen die Befürchtungen zu nehmen – alles werde gut, keiner solle sich Sorgen machen.

Die wichtigste Aufgabe der Behörden bestand während dieser Phase darin, angesichts der kommenden Umwälzungen für Recht und Ordnung zu sorgen. Dabei kam es im Landkreis Marienwerder ebenso wie im Kreis Flatow auch zu gemeinsamen deutsch-polnischen Bürgerwehren. Nur durch diese Kooperation ließ sich die öffentliche Ordnung aufrechterhalten.



**Deutscher „Ostmarkenschutz“**  
Foto, ca. 1919/1920  
Der deutsche „Ostmarkenschutz“ 1919. Oberleutnant Gerhard Roßbach mit einer Sturmabteilung seines Freikorps, die als erste in Kulmsee (Westpreußen) eindrang.



**Polnische Organisationen**  
Foto, um 1920  
Die Aufnahme zeigt eine der polnischen vaterländischen Organisationen aus dem Abstimmungsgebiet 1920. Auf dem Transparent ist zu lesen „Es lebe Polen!“



**Polnische Bekanntmachung Marienwerder**  
Druck, Mai 1920  
Die Bekanntmachung des Polnischen Volksrates des Kreises Marienwerder ruft alle, die sich zur polnischen Sicherheitswehr gemeldet haben, zur Einkleidung auf.



**Polnisches Flugblatt**  
Druck, Mai 1920  
Das Flugblatt des Polnischen Volksrates des Kreises Stuhm wendet sich an die „deutschen Brüder“. Es wird versucht, die vielfältigen Bedenken und Ängste der Deutschen zu beruhigen.

# Das demographische Faustpfand

Das zentrale Ziel aller deutschen Reichsregierungen nach dem Versailler Friedensschluss war eine Revision der Grenzziehungen mit Polen – in diesen Planungen spielten die Bürger deutscher Nationalität in Polen eine zentrale Rolle, dienten sie doch der deutschen Politik als Argument in der Diskussion um eine beachtete Änderung der deutsch-polnischen Grenze.

Die Regierung – ebenso wie alle Parteien der Weimarer Republik – verfolgte daher das Ziel, so viele Deutsche wie möglich in den an Polen abgetretenen Gebieten zu halten und die Abwanderung möglichst gering zu halten. Staatlicherseits wurde das eindeutig formuliert: „Das Reich hat [...] kein Interesse daran, die Zahl der Verdrängten erhöht zu sehen. Es muss im Gegenteil bestrebt sein, Deutsche in großer Zahl in den abgetretenen Gebietsteilen festzuhalten, und muss dahin wirken, dass diese Deutschen dort ihr Deutschtum nicht aufgeben.“ Da man im Auswärtigen Amt die konkrete „Gefahr einer fast völligen Entgermanisierung“ in diesen Regionen sah, versuchte man daher, die Einwanderung ins Reich zumindest einzuschränken.

Statt den aus Polen abwandernden Deutschen eine finanzielle Entschädigung zu zahlen, sollten vielmehr die in Polen verbleibenden Deutschen materiell unterstützt und zum Verbleib bewegt werden. So wurden Vereine, Schulen, Organisationen, Unternehmen, politische Gruppierungen und Einzelpersonen in Pommerellen finanziell gefördert. Hierfür wurde ein verdecktes System zur Subventionierung geschaffen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wurde 1920 die „Deutsche Stiftung“ gegründet. Diese Einrichtung war dem Auswärtigen Amt angegliedert und sollte sich um die Pflege des Deutschtums in den an Polen abgetretenen Gebieten kümmern. So wurden im Jahre 1921 bereits neun Millionen Mark für Beihilfen an Deutsche in den abgetretenen Gebieten zur Verfügung gestellt.

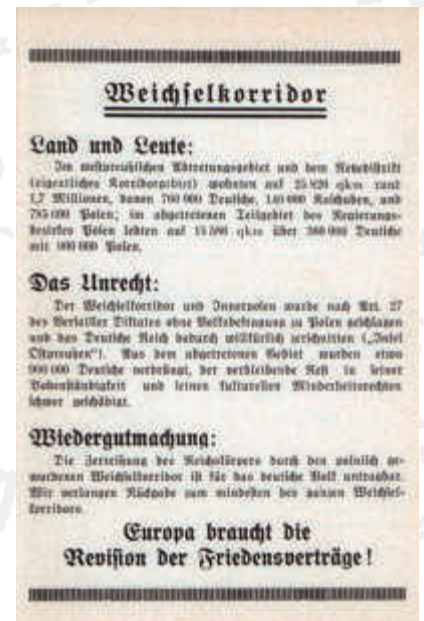
Dazu kam der juristische Beistand des Deutschen Reiches bei Verfahren vor dem Internationalen Ständigen Gerichtshof in Den Haag – die Beschwerden der deutschen Minderheit gegen die polnische Regierung richteten sich zwar gegen konkrete Maßnahmen der polnischen Minderheitenpolitik. Daneben sollte der junge Staat aber auch vor einem internationalen Forum kompromittiert werden.



**Antipolnisches Flugblatt**  
 Druck, Deutscher Ausschuss für Westpreußen, ca. 1919  
 Das Flugblatt des Deutschen Ausschusses für Westpreußen warnt drastisch vor den Folgen eines Übergangs Westpreußens an Polen. Solche Veröffentlichungen sollten den Widerstandsgedanken der Deutschen stärken, sorgten aber auch für eine große Verunsicherung. Manch Unentschlossener dürfte sich eher für eine Abwanderung als für einen Verbleib entschieden haben.



**Die „Vierteilung“ Westpreußens**  
 Handzeichnung, aus: Fort mit dem Weichselkorridor, zusammengestellt von Heinrich Dombrowski, Marienwerder ca. 1930



**Revisionsansprüche**  
 Druck, aus: Danziger Hochschulführer 1929/30  
 Der Widerstand gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und die Forderung nach einer Revision der als zutiefst ungerecht empfundenen Gebietsabtretungen einte in der Weimarer Republik fast alle politischen Parteien und weite Teile der Gesellschaft. Auch im Danziger Hochschulführer 1929/30 wird gegen die als Unrecht empfundenen Regelungen protestiert.



**Deutsche Abwanderer aus Westpreußen**  
 Foto, aus: Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Weiß, Berlin 1939

# Von der Mehrheit zur Minderheit

Die deutsche Bevölkerung in Westpreußen stellte bis 1918 etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. So machten in dem Teil Westpreußens, der nach 1920 Teil des polnischen Staates wurde, im Jahr 1910 die Deutschen 65 Prozent der Bevölkerung aus. Dieser Anteil verringerte sich nach 1918 massiv. Nachdem absehbar war, dass ein großer Teil der bisher deutschen Gebiete an den polnischen Staat fallen werde, verließen viele Deutsche diese Gebiete spontan. Diese Abwanderung begann bereits mit dem Waffenstillstand und setzte sich nach der offiziellen Übernahme dieser Gebiete 1920 durch Polen fort – die deutsche Bevölkerung verringerte sich bis 1934 um etwa 75 Prozent. Diese Abwanderung erfolgte zum Teil freiwillig und nicht im Sinne einer systematischen, staatlich betriebenen Vertreibung.

Eine weitere Gruppe von Abwanderern bildeten die Deutschen, die gemäß Art. 91 des Versailler Vertrags für Deutschland

optiert hatten und ausgewiesen wurden.

Unzweifelhaft nutzten die polnischen Behörden ihre Möglichkeiten – wenn auch mit wechselnder Intensität und Konsequenz – sich eines möglichst großen Teils der deutschen Minderheit zu entledigen. Trotzdem verblieben noch zahlreiche Deutsche: nach der Volkszählung des Jahres 1931 umfasste die deutsche Minderheit in ganz Polen 741.000 Personen. Von ihnen lebten schätzungsweise 105.000 in Pommerellen. Besonders stark verringerte sich die deutsche Bevölkerung in den Städten – hier ging der Anteil der Deutschen zwischen 1918 und 1926 um 85 Prozent zurück. Im ländlichen Bereich lag der Rückgang bei 55 Prozent. So befanden sich 1933 noch 22,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz der deutschen Minderheit – bei Großbetrieben über 100 Hektar waren es sogar 37,2 Prozent.



Scheffelschubert, Zeitung Photo

**Deutsche Auswanderer**  
Foto, ca. 1919/1920

Die deutsche Auswanderung aus dem nunmehr polnische gewordene Teil Westpreußens setzte bereits 1918 massiv ein und zog sich bis Mitte der 1920er Jahre hin.



**Truppenauszug aus Graudenz**

Foto, 1920

Am 23. Januar 1920 zogen die deutschen Militäreinheiten aus der Stadt Graudenz aus.



**Marktplatz in Preußisch Stargard**

Foto, 1920

Das Foto zeigt die Abschiedsparade der deutschen Truppen in Pr. Stargard am 17. Januar 1920.



# Die Vorbereitungen zur Volksabstimmung 1920

Der Versailler Vertrag regelte, dass in mehreren Grenzgebieten des Deutschen Reiches Volksabstimmungen stattfinden sollten. Hierdurch sollte das Selbstbestimmungsrecht der ethnischen Gruppen realisiert werden. Die dortigen Bevölkerungen sollten darüber abstimmen, ob diese Gebiete weiterhin bei Deutschland oder zu den jeweiligen Nachbarstaaten kommen sollten. 1920 kam es daher zu Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen. In Oberschlesien wurde ein Jahr später abgestimmt. Das Saargebiet stand bis 1935 unter Verwaltung des Völkerbundes und kam erst danach zum Deutschen Reich.

Am 9. Januar 1920 wurden die Volksabstimmungen für Ost- und Westpreußen vertraglich festgelegt, am 14. April bestimmte die „Interalliierte Abstimmungskommission“ den 11. Juli 1920 als Abstimmungstag. Insgesamt sollte in 15 west- und ostpreußischen Kreisen über den Verbleib bei Deutschland oder eine Abtretung an Polen abgestimmt werden. West- und Ostpreußen wurden hierfür in die Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein unterteilt. Abstimmungsberechtigt waren 543.000 Personen in 1704 Stimmbezirken. Die Abstimmungsberechtigten wurden in drei Gruppen eingeteilt:

Liste 1: Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind und hier ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben;



**Die Interalliierte Kommission**

Foto, Marienwerder 1920

Die Interalliierte Kommission übernahm am 12. Februar 1920 die Verwaltung in Marienwerder. Die Mitglieder von links: Angelo Pavia (Italien), René de Chérisy (Frankreich), Oberst Fernando Po (Italien), Henry Beaumont (Großbritannien) und Morikazu Ida (Japan).



**Theodor Christian Traugott Graf von Baudissin**  
(Koblenz 1874 – 1950 Zeitz)

Foto, ca. 1930

Von Baudissin war von 1907 bis 1920 Landrat des westpreußischen Kreises Neustadt. 1920 wurde er Reichskommissar in Marienwerder. Im Vorfeld der Volksabstimmung war er für die Kontakte zu den alliierten Kommissionen, den Behörden und den Vertretungen der deutschen Heimatsorganisationen zuständig.

**Italienisches Militär in Westpreußen**

Foto, 1920

In Marienwerder und angrenzenden Kreisen war das italienische Militär für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung vor und während der Volksabstimmung zuständig. Hier patrouillieren italienische Soldaten in Stuhm.

Liste 2: Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind, aber hier keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben;

Liste 3: Personen, die nicht im Abstimmungsgebiet geboren sind, hier aber seit dem 1. Januar 1905 ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Das deutsche Militär war ebenso wie z. B. die Regierungspräsidenten verpflichtet, bis zum 5. Februar 1920 die Abstimmungsgebiete zu verlassen. Im Anschluss daran rückte in Allenstein britisches und in Marienwerder italienisches Militär ein. Zwei aus internationalen Vertretern zusammengesetzte „Interalliierte Kommissionen für Verwaltung und Volksabstimmung“ übernahmen an beiden Orten die Verwaltung. Beide Kommissionen sollten den Verlauf der Abstimmung überwachen und im Anschluss einen Bericht für die Alliierten erstellen, in dem auch Vorschläge über die künftigen Grenzziehungen enthalten waren. Als Vertreter des Deutschen Reiches für die Kontakte zu den alliierten Kommissionen, den Behörden sowie den Vertretungen der deutschen Heimatsorganisationen wurden zwei Reichs- und Staatskommissare ernannt: für Allenstein war das Wilhelm Freiherr von Gayl, für Marienwerder Theodor Christian Graf von Baudissin.



**Demonstrationszug „heimatreuer Westpreußen“**

Foto, 1920

In Westpreußen lebende Deutsche demonstrieren dafür, bei der anstehenden Volksabstimmung für Deutschland zu votieren.



# Die Durchführung der Volksabstimmung 1920

Die deutsche und die polnische Regierung befürchteten gleichermaßen einen für ihre Seite ungünstigen Ausgang der Abstimmung. Daher betrieben Deutsche und Polen im Vorfeld einen erheblichen propagandistischen Aufwand, um die jeweiligen Volksgruppen von der Teilnahme an dem Plebiszit zu überzeugen. So nahm bereits früh der „Deutsche Ausschuss für Westpreußen“ seine Arbeit auf. Polen hoffte insbesondere in Ostpreußen auf die Stimmen der Masuren.

Während die Deutschen in zahllosen Flugblättern und einer massiven Pressearbeit die drohenden wirtschaftlichen und politischen Folgen einer Übernahme dieser Gebiete durch Polen in den schwärzesten Farben darstellten, bemühten sich die Polen darum, mögliche Bedenken genau dieser Art zu zerstreuen. Da zu den Abstimmungsberechtigten auch die Personen gehörten, die zwar im Abstimmungsgebiet geboren, ihren Wohnsitz mittlerweile aber woanders hatten, wurde insbesondere für diesen Personenkreis nach Möglichkeiten gesucht, sie nach West- und Ostpreußen zu bringen. Aufgrund der eingeschränkten Bahnreisen schuf man den „Seedienst Ostpreußen“. Mittels dieser 1920 durch das Reichsverkehrsministerium

eingerrichteten Schifffahrtslinie wurden 160.000 aus West- und Ostpreußen Gebürtige in die Abstimmungsgebiete gebracht. Darüber hinaus wurden seit dem Frühsommer 1920 vom Flughafen Stolp in Pommern regelmäßige Flüge nach Ostpreußen angeboten.

Das bereits seit Kriegsende zu spürende Misstrauen setzte sich auch jetzt noch fort: deutsche Zeitungen berichteten von polnischen Übergriffen und Einschüchterungsversuchen, wenngleich der Wahrheitsgehalt vieler Meldungen sich nicht überprüfen ließ.

Letztlich verlief der Abstimmungstag in den westpreußischen Kreisen ohne jeden Zwischenfall. Dort votierten 92 Prozent, in Ostpreußen 98 Prozent der Bevölkerung für eine Zugehörigkeit dieser Regionen zum Deutschen Reich. Mit dem 16. August 1920 wurde das Abstimmungsgebiet an die deutsche Verwaltung übergeben. Zwei Jahre später wurden diese vormals westpreußischen Kreise offiziell in die Provinz Ostpreußen eingegliedert und in Regierungsbezirk Westpreußen umbenannt. Sitz des Regierungspräsidenten blieb Marienwerder.



**Abstimmungsberechtigte bei der Überfahrt 1920**  
Foto, aus: Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Weiß, Berlin 1939  
Mit dem „Seedienst Ostpreußen“ reisten 160.000 aus West- und Ostpreußen Gebürtige in die Abstimmungsgebiete.



**Abstimmungsberechtigte in Marienburg**  
Foto, aus: Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Weiß, Berlin 1939  
Tausende Menschen aus dem Deutschen Reich kamen zur Volksabstimmung am 11. Juli 1920. Hier die Ankunft von Abstimmungsberechtigten in Marienburg.



**Deutscher Tag in Marienburg**  
Foto, 11. Juli 1920  
Tausende von Abstimmungsberechtigten auf dem Marktplatz der Stadt Marienburg. Im Hintergrund die mittelalterliche Ordensburg.



**Polnische Propaganda**  
Foto, 1920  
Ein Mann bringt pro-polnische Propaganda an einem Gebäude in der Stadt Stuhm an. Auf den Plakaten ist zu lesen: „Es lebe Polen!“

# Loyalität oder Diversion

Die Rolle der Deutschen im Polen der Zwischenkriegszeit wurde je nach Sichtweise lange Zeit höchst unterschiedlich beurteilt. So betonten die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität immer wieder, dass sie ihre Pflichten gegenüber der Republik Polen erfüllen würden, obwohl genau dieser Staat eine strikte Assimilierungspolitik betreiben und ihre Rechte mit Füßen treten würde. Umgekehrt sah die polnische Seite es als erwiesen an, dass sich die Deutschen trotz ihrer – auch vom Völkerbund garantierten – rechtlichen Gleichstellung von der reichsdeutschen Außenpolitik hätten instrumentalisieren lassen, um den jungen Staat gezielt zu destabilisieren.

Zweifelsohne wurden die territorialen Verschiebungen in der Folge des Weltkrieges von vielen deutschen Einwohnern Pommerns, Westpreußens und Oberschlesiens als Willkürakt empfunden, der sie von ihrem Mutterland abschnitt. Vielerorts herrschte ein Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber zentral getroffenen Entscheidungen, die sich vor Ort nicht beeinflussen ließen. Trotz alledem habe man sich immer loyal verhalten:

**„[...] unser Herz blutet bei dem Gedanken, scheiden zu müssen von allem, was uns lieb und teuer ist. Die heiße Liebe zu unserem Deutschtum wollen wir treu bewahren, aber sie wird uns [...] nicht hindern, uns in die Neuordnung der Dinge willig zu fügen. Wir sind bereit, an dem Aufbau des neuen Staates mitzuarbeiten und unsere Kräfte wie bisher einzusetzen, um in der uns anvertrauten Jugend Gottesfurcht, wissenschaftlichen Sinn**

**und Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu wecken und zu fördern. Wir sind bereit, in Ruhe und Frieden auch im neuen Staate unsere Pflicht zu tun.“**  
(Prof. Arnd Jakob zum Abschied vom deutschen Friedens-Gymnasium zu Bromberg, 19. Januar 1920)

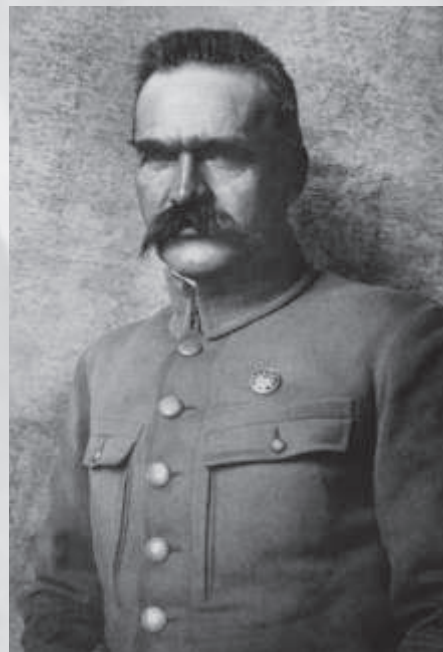
Viele deutsche Funktionsträger betonten immer wieder, dass sie sich zwar an die Gesetze halten würden, aber nicht bereit seien, ihre „volkliche Eigenheit“ bzw. ihr „Volkstum“ aufzugeben. Umgekehrt betonte auch die polnische Seite, wie willkommen die deutschen „Neubürger“ in der Zweiten Polnischen Republik seien. Man baue darauf, dass es zu einem gedeihlichen und für beide Seiten einvernehmlichen Miteinander kommen werde. Der erste Woiwode Pommerns, Stefan Łaszewski, versicherte, dass die verbliebenen deutschen Bürger „es bei uns ganz gemütlich haben“ können. Es gab aber auch kritische Stimmen:

**„Das fremde Element wird sich umsehen müssen, ob es nicht anderswo besser aufgehoben ist.“**  
(Der spätere Kultusminister Stanisław Grabski, 1919)

Der starke Mann Polens, Marschall Józef Piłsudski, betonte 1926, in Bezug auf die Deutschen in Polen müsse man „gerecht, aber kraftvoll“ auftreten. Unter Piłsudski ging der polnische Staat zunehmend dazu über, die Zahl der Deutschen planmäßig zu reduzieren. Darin zeigte sich die wachsende Überzeugung der polnischen Politik, dass die Deutschen eine Gefahr für die Integrität des Staates seien.



**Stanisław Grabski (Bórow 1871 – 1949 Sulejówek)**  
Foto, ca. 1925  
Der spätere Kultusminister Grabski äußerte sich schon früh kritisch zu der deutschen Minderheit in Polen.



**Józef Piłsudski (Zulowo 1867 – 1935 Warschau)**  
Foto, ca. 1915  
Nach dem Maiputsch 1926 war Marschall Piłsudski bis zu seinem Tod 1935 die beherrschende politische Figur der Zweiten Polnischen Republik. In dieser Zeit verschärfte sich die Nationalitätenpolitik – aus einer „planlosen“ wurde eine „planmäßige Entdeutschung“.



**Stefan Łaszewski (Brąchnówko 1862 – 1924 Warschau)**  
Foto, vor 1924  
Stefan Łaszewski war 1919/1920 erster Woiwode der neugegründeten Woiwodschaft Pommerns mit Sitz in Thorn. Er stand für eine offene Haltung des polnischen Staates gegenüber der deutschen Minderheit. Ab 1922 war er Präsident am Obersten Verwaltungsgericht Polens.

# Die Optanten

Eine der Hauptaufgaben nach dem Friedensschluss für die Verantwortlichen war die Lösung der teils schwierigen Nationalitätenverhältnisse in Europa gewesen – es ging also darum, die neuen Machtverhältnisse völkerrechtlich zu fixieren. Insbesondere unter amerikanischem Einfluss wurde das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts in das Völkerrecht eingeführt.

Umgesetzt wurde dieses Prinzip während der Versailler Verhandlungen durch die Schaffung sogenannter Minderheitenschutzverträge. So hatten die Alliierten des Ersten Weltkrieges die Republik Polen nur unter der Auflage anerkannt, dass sie die rechtliche Gleichstellung aller ihrer Bürger garantiere. Polen unterschrieb am 28. Juni 1919 einen Vertrag zum Schutz der ihm unterstellten nationalen Minderheiten. Darin enthalten waren auch das sogenannte Optionsrecht. Hierdurch wurde den Bewohnern der an den Staat Polen abzutretenden Gebiete Westpreußens und Posens das Recht eingeräumt, für die Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft zu optieren.

Die in Polen lebenden Deutschen erhielten mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Januar 1920 automatisch die polnische Staatsangehörigkeit. Im Falle der Option für die

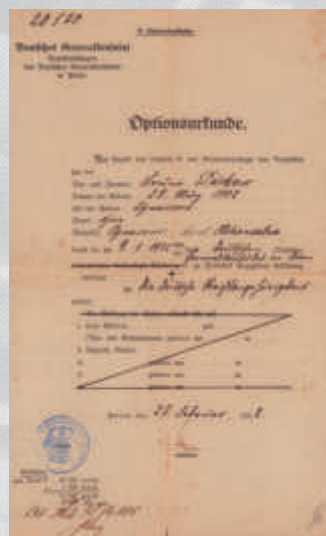
deutsche Staatsangehörigkeit hatten die Betroffenen binnen eines Jahres Polen zu verlassen. Hiervon machten etwa 150.000 bis 175.000 Menschen Gebrauch. Ihr Besitz wurde vom polnischen Staat liquidiert und sie erhielten eine Entschädigung. Bei einer Option für Polen wurde man polnischer Staatsbürger. Die nach 1908 dort Geborenen konnten dagegen die polnische Staatsangehörigkeit nur mit Zustimmung der polnischen Behörden erwerben. Polen kam es also darauf an, den deutschen Bevölkerungsanteil möglichst klein zu halten.

Deutschland war es umgekehrt daran gelegen, die Abwanderung Deutscher aus diesen Gebieten zu stoppen, da nur eine ausreichend große deutsche Volksgruppe im „Korridor“ eine wesentliche Voraussetzung für eine eventuelle Revision der als unannehmbar angesehenen Ostgrenze war – und die Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit waren vor einer Ausweisung sicher.

Im Bemühen, die Abwanderung Deutscher aus Polen zu verringern, verschleppte das Auswärtige Amt den Erlass bestimmter Verwaltungsanordnungen – dies behinderte die Ausreise von Deutschen erheblich.



**Deutsche Abwanderer aus Polen**  
Foto; aus: Deutschland und der Korridor, hrsg. von Friedrich Weiß, Berlin 1939  
Etwa 150-175.000 Menschen verließen nach ihrer Optionserklärung für Deutschland den polnischen Staat. Gerade gegen Ende der 1930er Jahre verschärften die Nationalsozialisten ihre Propaganda gegen Polen und den dortigen „Terror“, der Hunderttausende nach dem Ersten Weltkrieg zum Verlassen der Heimat genötigt habe.



**Optionsurkunde**  
Posen, Deutsches Generalkonsulat, 27. Februar 1922  
Bruno Dirkow aus Ignacewo im Kreis Hohensalza wird bescheinigt, dass er aufgrund des Artikels 91 des Versailler Vertrages von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren. Er musste innerhalb eines Jahres Polen verlassen.

**Optionserklärung 1922**  
Grudziądz, 6. Januar 1922  
Der Kaufmann Bruno Romey aus Graudenz erklärt, dass er für sich und seine Familienangehörigen auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet.



# Abwandern oder bleiben?

Der größte Teil der deutschen Abwanderer fand sich unter den Beamten und Soldaten, aber auch große Teile der Bürger-, Handwerker- und Arbeiterschaft verließen ab 1918/19 ihre bisherige Heimat. Andere Deutsche aber blieben in ihrer Heimat und waren bereit, als Teil einer deutschen Minderheit als polnische Staatsbürger in Polen zu leben. Bei dieser Gruppe handelte es sich vielfach um wohlhabende Landwirte, Geschäftsleute oder Firmeninhaber. Sie hatten schon zur preußischen Zeit wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch zu den führenden Persönlichkeiten gehört. Auch nachdem ihre Heimat polnisch wurde, blieb die Stellung dieser Gruppe bedeutend: die Deutschen organisierten sich gut, waren wohlhabend und bewahrten ihre hohe soziale Stellung.

Ein Verlassen der Heimat war für den Einzelnen von vielerlei Faktoren abhängig: neben der Furcht vor einer allgemeinen Rechtsunsicherheit oder wirtschaftlichen und sprachlichen Schwierigkeiten war es auch das Gefühl der Abgeschnittenheit von der alten Heimat. Viele Deutsche machten sich Sorgen wegen des Wegfalls von Subventionen, die bisher die Wanderung von Osten nach Westen hatten eindämmen sollen. Besonders stark war auch die Abneigung verbreitet, künftig unter polnischer Souveränität mit dem Status einer Minderheit leben zu sollen. Damit eng verbunden war die Vorstellung einer

kulturellen Überlegenheit „der“ Deutschen gegenüber „den“ Polen. Polen galt vielen Deutschen als rückständig und ungebildet – schlicht als nicht ebenbürtig. Auf der anderen Seite wurden die Auswanderer auch von deutscher Seite wegen ihres Verhaltens massiv kritisiert. Ihnen wurde teilweise Feigheit, Bequemlichkeit oder Mangel an Nationalempfinden vorgeworfen.

Viele der ins Deutsche Reich abwandernden Menschen fanden dort jedoch keine einfachen Verhältnisse vor. Allein aufgrund der hohen Zahl der Zuwanderer war zum Beispiel die Wohnungsversorgung seit 1921 so schwierig, dass viele Übergangsweise in sogenannten „Heimkehrlagern“ untergebracht werden mussten. Dazu kam die Situation auf dem Arbeitsmarkt: viele der Zuwanderer kamen aus der Land- und Forstwirtschaft. Die Chancen eines Landwirts, im Reichsgebiet neuen Besitz zu erwerben, waren aber relativ gering. Während die Zuwanderer aus Elsass-Lothringen fast vollständig in der Montanindustrie Arbeit fanden, war die Situation für die aus dem Osten kommenden Menschen ungleich schwieriger. All dies vor dem Hintergrund, dass die Reichsregierung möglichst viele Deutsche in Polen halten wollte und diese ‚Grenzlandvertriebenen‘ daher schon aus politischen Erwägungen nicht besonders willkommen waren.



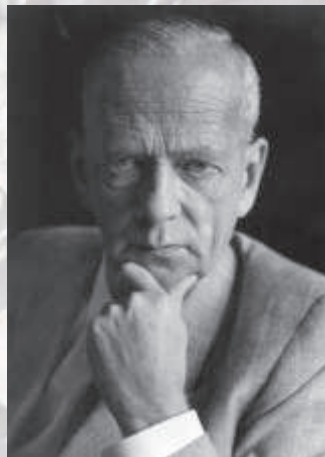
Kulturzentrum Opatowitz, Ellingen i. Bay.

**Arie Goldfarb**  
(Pr. Stargard 1855 – 1925 Wiesbaden)  
Foto, ca. 1890/1900  
Der Tabakfabrikant aus Pr. Stargard war von 1890 bis 1922 zweiter Bürgermeister seiner Geburtsstadt. Bis 1919 gehörte er auch der deutschen Schützengilde an. Zwei Jahre später übertrug er die Fabrik seinem Neffen G. Berendt und zog nach Wiesbaden.



Kulturzentrum Opatowitz, Ellingen i. Bay.

**Arnold Fritz Hermann**  
(Sophienthal/Ostpreußen 1882 – 1952 Pr. Stargard)  
Hermann zog es von Ostpreußen nach Neuenburg in Westpreußen, wo er eine eigene stomatologische Praxis hatte. Seit 1913 mit der Polin Wladyslawa Scheffs verheiratet, wohnten beide nach 1918 in Pr. Stargard. Hermann nahm 1920 die polnische Staatsangehörigkeit an. Er war drei Mal Schützenkönig der Schützengilde Pr. Stargard (1925, 1934, 1935). Er blieb auch nach 1945 in der Stadt und bekam erneut die polnische Staatsangehörigkeit.



Friedrich Ebers Stiftung – Archiv der sozialen Demokratie

**Kurt Schumacher** (Kulm 1895 – 1952 Bonn)  
Foto, 1948  
Der im westpreußischen Kulm geborene und aufgewachsene Kurt Schumacher wurde nach dem Zweiten Weltkrieg einer der einflussreichsten bundesdeutschen Politiker. Teile seiner Familie verließen nach 1918 ihre Heimatstadt, nachdem fest stand, dass Kulm zu dem Teil Westpreußens gehörte, der an Polen abgetreten werden sollte.



Kulturzentrum Opatowitz, Ellingen i. Bay.

**Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin v. Schwanefeld**  
(Kopenhagen 1902 – 1944 Berlin-Plötzensee)  
Foto, 1936  
Ulrich Graf Schwerin von Schwanefeld übernahm 1926 das landwirtschaftliche Gut seines Onkels in Sartowitz/Kreis Schwetz, das damals zum Staat Polen gehörte. Er war viele Jahre lang Vertreter der deutschen Minderheit in Polen. Bereits seit Anfang der 1930er Jahre betrachtete er das Aufkommen der Nationalsozialisten äußerst kritisch. Als Leutnant der Wehrmacht gehörte er nach 1939 zum engsten Kreis des militärischen Widerstands gegen Hitler. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Ulrich Graf Schwerin vor dem „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Am 8. September wurde er in der JVA Berlin-Plötzensee ermordet.



Kulturzentrum Opatowitz, Ellingen i. Bay.

Prozess vor dem „Volksgerichtshof“, 1944

# Polnische Zuwanderung

In den 1920er und 1930er Jahren kamen zahlreiche Umsiedler aus anderen Teilen Polens in die neue Woiwodschaft Pommern, das vormalige Westpreußen. Der polnische Staat warb in verschiedenen Regionen um polnischsprachige Siedler für diese Region. So kamen zahlreiche Kleinbauern aus dem Podhale und den Beskiden. Dort – im südlichen Polen – hatten sie bisher in oftmals von Überschwemmungen betroffenen Tälern gelebt. Viele dieser Neusiedler kamen unter anderem in die westpreußischen Kreise Konitz, Dirschau und Pr. Stargard. Dort standen landwirtschaftliche Flächen aus deutschen und polnischen Gütern zur Verfügung, die durch die politisch gewollte Aufteilung größerer Güter entstanden waren. Wo kein Wohnraum zur Verfügung stand, baute die polnische Regierung den Neusiedlern kleine Holzhäuser, die sogenannten „Poniatówki“ – diese Bezeichnung geht auf den Ökonomen und Landwirtschaftsminister Juliusz Poniatowski zurück.

Eine weitere Gruppe von Menschen, die neu nach Westpreußen kamen, waren Soldaten. Sie waren Angehörige der polnischen

Militäreinheiten, die nach 1920 in der Region stationiert wurden. Diese kamen meistens aus Südpolen, vor allem aus dem Gebiet um Krakau. Dazu kamen zahlreiche Beamte, die die Aufgaben der nunmehr polnischen Verwaltung übernahmen.

Ein besonderer Anziehungspunkt für Umsiedler war die Stadt Gdingen an der Ostsee. 1920 noch ein Fischerdorf, wuchs der Ort zuerst langsam durch den Aufbau einer Infrastruktur für Tourismus. Vor allem der Bau des neuen Hafens, der später durch eine Bahnlinie – die Kohlenmagistrale – mit dem Oberschlesischen Kohlerevier verbunden war, machte Gdingen ab 1922 zu einem Ziel von Arbeitssuchenden aus ganz Polen. Da der Wohnungsbau mit dem großen Zustrom an Arbeitskräften nicht mithalten konnte, entstanden Barackensiedlungen in den Vororten. Trotz dieser Probleme wuchs die Stadt immer weiter: 1938 hatte Gdynia bereits 120.000 Einwohner.

Wie keine andere Stadt war Gdynia das Symbol für den polnischen „Drang zum Meer“, stand für einen Aufbruch in die Moderne und ein nach vorne blickendes Polen.



Die „Blaue Armee“ in Graudenz

Foto, 1920

Am Nachmittag des 23. Februar 1920 übernahm die „Blaue Armee“ von General Józef Haller die Stadt Graudenz. Die Feier fand auf dem Großen Markt statt. Auf dem Transparent im Hintergrund ist zu lesen: „Es lebe ein freies, unabhängiges und vereinigtes Polen!“

Landratsamt Westpreußen



Der Hafen von Gdingen

Postkarte, 1930er Jahre

Der Hafenausbau im damals noch unbedeutenden Fischerdorf Gdingen begann in den frühen 1920er Jahren. Mit der Zeit wurde der Hafen zum wichtigsten Arbeitgeber der Stadt und zu einer ungeliebten Konkurrenz für das nahe gelegene Danzig.



Die Großstadt Gdingen

Postkarte, 1930er Jahre

Die Stadt entwickelte sich bis Ende der 1930er Jahre rasant: bis 1939 war die Einwohnerzahl auf über 100.000 geklettert. Die modernen Bauten orientierten sich zum Teil an Schiffsrümpfen oder Bullaugen, zitierten aber auch das Bauhaus und Le Corbusier.



Haus für Neusiedler

Diese kleinen Holzhäuser, sogenannte „Poniatówki“, wurden von der polnischen Regierung für viele Neusiedler gebaut.

Wikimedia Commons

# Deutsch-Polnisches Zusammenleben

Trotz aller Widrigkeiten, Ablehnungen und Ärger über den jeweils anderen gibt es für die Zeit von 1920 bis 1939 zahlreiche Beispiele für begrenzte polnisch-deutsche Kooperationen. Im Gegensatz zu Oberschlesien war es in Westpreußen nach dem Weltkrieg nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Die Deutschen, die nach 1920 nicht nach Deutschland ausreisen wollten oder mussten, hatten sich mit ihrem Schicksal abgefunden. Dazu beigetragen auch der Umstand, dass sich die verbleibenden Deutschen eine wirtschaftlich und sozial herausgehobene Stellung sichern konnten: in der Landwirtschaft, im Handel, Handwerk und Gewerbe waren sie überproportional vertreten.

So kam es auch nicht selten vor, dass Deutsche und Polen in vielen Bereichen zusammen fanden: Handwerksinnungen, Schützengilden oder Freiwillige Feuerwehren waren nicht selten ethnisch gemischt. Und wo sich zum Beispiel ein deutscher

Verein auflöste – wie die Schützengilde in der Stadt Graudenz – arbeiteten Deutsche im städtischen Verschönerungsverein weiter aktiv mit.

Im Sportbereich konnte die deutsche Minderheit nach 1920 – ungeachtet der vielen neugegründeten polnischen Vereine – ihre Aktivitäten fortsetzen. Der Graudenzener Ruderverein von 1885 unterhielt gute Beziehungen zum benachbarten polnischen Ruderverein Wisła. Mitte der dreißiger Jahre traten die Graudenzener Ruderer dem allgemeinen polnischen Ruderverband Polski Związek Wioślarski bei. Es folgten die Teilnahmen an zahlreichen Regatten und an polnischen Meisterschaften. Die Tennisabteilung des Sportclub Graudenz pflegte enge Beziehungen zum benachbarten polnischen Club Olympia und nahm regelmäßig an mehreren überregionalen Tennisturnieren in Thorn, Posen und Zoppot teil.



**Schützenumzug**

Foto, 1925

Umzug der Schützen in Pr. Stargard (Starogard Gdański). Bei dem Schützenkönig in der Bildmitte handelt es sich um Arnold Fritz Hermann. Er wurde 1925 erstmals Schützenkönig, dann noch zwei weitere Male (1934, 1935).



**Kunstreifenfahrer der SCG-Radfahrerabteilung Grudziądz**

Foto, 1927

Beim „Reigenfahren“ werden zusammenhängende Übungen von vier oder sechs Personen gleichzeitig mit Sitz im Sattel gezeigt. Anders als im Kunstfahren wird im Reigenfahren nicht auf dem Fahrrad geturnt.



**Festumzug der Ruderer in Bromberg**

Foto, 1930er Jahre (?)

Die Ruderer des RC Frithjof beim Festumzug in der Innenstadt von Bromberg (Bydgoszcz).



**Fußball: Thorn gg. Elbing**

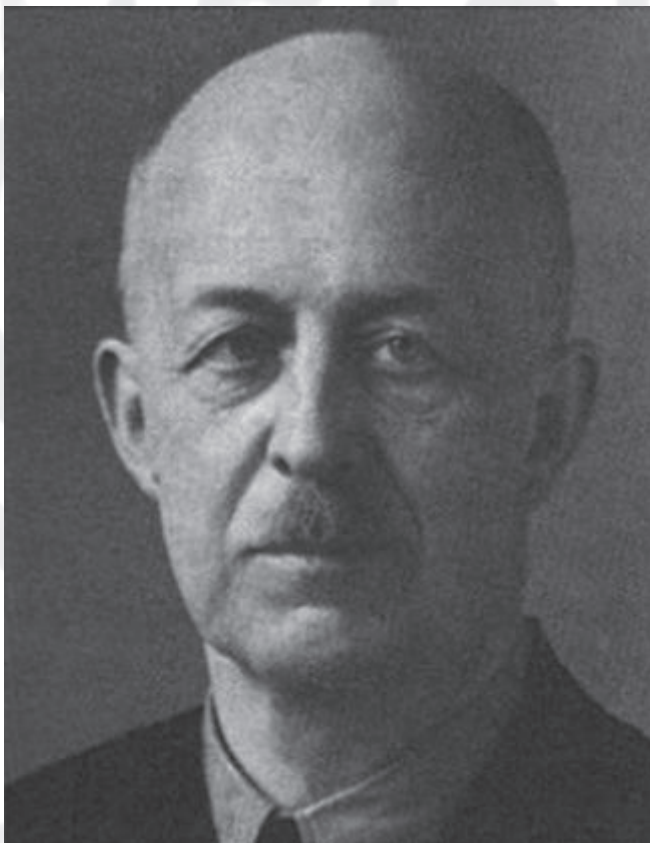
Foto, 1935

Die Fußballmannschaft von Victoria Elbing vor dem Auswärtsspiel gegen den MSV Gryf Toruń zu Ostern 1935. Das Spiel sahen 10.000 Zuschauer. Endstand 4:3 für den MSV Gryf n. V.

# Der Landbund Weichselgau

Die deutsche Minderheit in Pommerellen und Großpolen war nicht nur die wirtschaftlich stärkste nichtpolnische nationale Gruppe im neuen polnischen Staat, sie war auch äußerst gut durchorganisiert. Die im nunmehr zu Polen gehörenden Teil Westpreußens lebenden Deutschen fanden sich in zahlreichen Wirtschafts-, Genossenschafts-, kirchlichen, Sport- oder auch Gesangsvereinen zusammen. Dazu gehörten auch politische Vereinigungen, wie etwa die „Deutsche Partei – Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“ (kurz Volkstumsbund genannt). Nach deren Auflösung 1924 verlagerte sich die Arbeit für das Deutschtum stark auf den „Landbund Weichselgau“, in dem sich die bis dahin selbständigen landwirtschaftlichen Kreisverbände zu einer berufsständischen Organisation zusammenschlossen. Seine Hauptaufgabe bestand in der wirtschaftlichen und rechtlichen Beratungstätigkeit für Landwirte, aber auch in der

Nachwuchsförderung. Er nahm daneben auch die politische Interessenvertretung für Deutsche wahr und hatte seinen Sitz in Dirschau. Der Organisation gehörten über neunzig Prozent der Landwirte des Korridorgebietes an, das waren 8.500 Mitglieder. Dabei hatte der Landbund den Anspruch, alle Landwirte Westpreußens ohne Unterschied der Nationalität, Partei und Religion zu vertreten. Dieses Ziel wurde jedoch nicht ansatzweise erreicht. Trotzdem traten seit Mitte der 1920er Jahre auch vereinzelt polnische Bauern dem Landbund bei – während umgekehrt deutsche Landwirte in polnische Organisationen wechselten, wenn sie ihre Interessen dort besser vertreten sahen. Bis Ende der 1930er Jahre kooperierten deutsche und polnische landwirtschaftliche Organisationen auch bei Fragen des Arbeitsschutzes und bei Betriebsbesichtigungen.



**Nordewin von Koerber (Konitz 1885 – 1943 Altblumenau bei Lessen/Kreis Graudenz)**  
Foto, o. J.

Der Landwirt und promovierte Jurist übernahm 1909 das väterliche Rittergut Koerberrode im Kreis Graudenz. Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich politisch stark in der deutschen Minderheit, unter anderem in der „Deutschen Partei – Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“. Er war an der Errichtung unabhängiger deutscher Geldinstitute und Genossenschaften beteiligt und stand später dem „Landbund Weichselgau“ vor, wurde er 1928 als Kandidat der deutschen Minderheit in den Sejm gewählt. Im Frühjahr 1939 aus Polen ausgewiesen, kehrte er nach Kriegsausbruch als Landwirtschaftsoffizier wieder zurück.





# Studium im Osten

Aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages musste zunächst sämtlicher Reichs- und Staatsbesitz auch in Danzig an die alliierten Mächte abgetreten werden. Von dieser Regelung betroffen war auch die 1904 gegründete Technische Hochschule. In einer Denkschrift vom Oktober 1919 stellte der Rektor die Grundlinien einer Neuordnung auf. Zu den wesentlichsten Forderungen gehörten die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Hochschule und der Übergang der Rechte des preußischen Kultusministeriums auf den Senat der Freien Stadt Danzig, die Freiheit von Forschung und Lehre und nicht zuletzt die Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache.

Im Rahmen einer im Juli 1921 in Danzig anwesenden Internationalen Verteilungskommission einigten sich die Delegationen Danzigs und Polens darauf, die Universität künftig vermehrt auch nicht-deutschen Studenten zu öffnen und entsprechende Lehr- und Forschungsmöglichkeiten bereit zu stellen.

Die Neuregelungen führten zu einer Internationalisierung der Studentenschaft. Die vormals nur deutschen Studenten vorbehaltene Hochschule öffnete sich. Mitte der 1920er Jahre waren in Danzig etwa 1.500 Studenten eingeschrieben. Die meisten

waren zwar nach wie vor Deutsche, daneben studierten aber jetzt hier auch Polen, Jugoslawen, Schweden, Russen, Norweger, Griechen und andere. Die deutsche Studentenschaft blieb jedoch aufgrund ihres hohen Organisationsgrades die Gruppe mit der stärksten Außenwirkung.

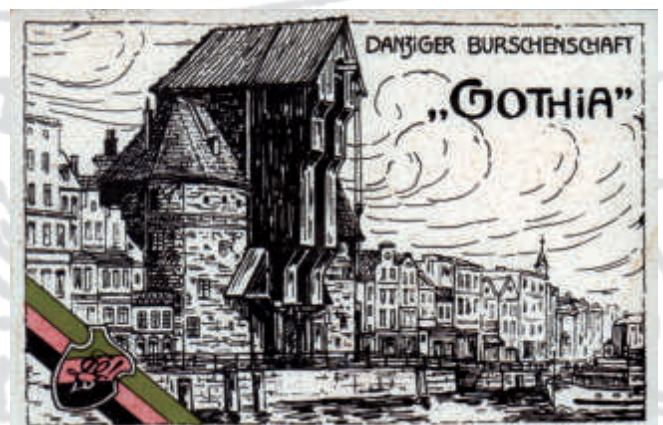
Im Deutschen Reich wurde verstärkt für ein Studium in Danzig geworben, um das dortige Deutschtum zu stärken. So wurde auch bei den Jubiläumsveranstaltungen zum 25jährigen Bestehen der Hochschule 1929 die nationale Bedeutung dieser Einrichtung hervorgehoben. Vor allem unter dem Eindruck der Friedensregelungen des Versailler Vertrages und der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich wurde die verbindende Kraft der Hochschule betont. Während der Feierstunde am 18. Juli 1929 im Danziger Artushof drückte der Senator für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Hermann Strunk, dies so aus: „Und es besteht wohl kein Zweifel, dass die künstlerischen, wissenschaftlichen und erzieherischen Kräfte, die an einer Hochschule wirksam sind, besonders dazu geeignet sind, der deutschen Kultur in Danzig und ihrem Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Geistesleben zu dienen.“



**Technische Hochschule Danzig**  
Postkarte, um 1910  
Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurden nur deutsche Studenten zugelassen.  
Erst seit 1921 stand die Hochschule auch ausländischen Studenten offen.

**Postkarte der Burschenschaft „Gothia“**  
Farbdruck, nach 1918

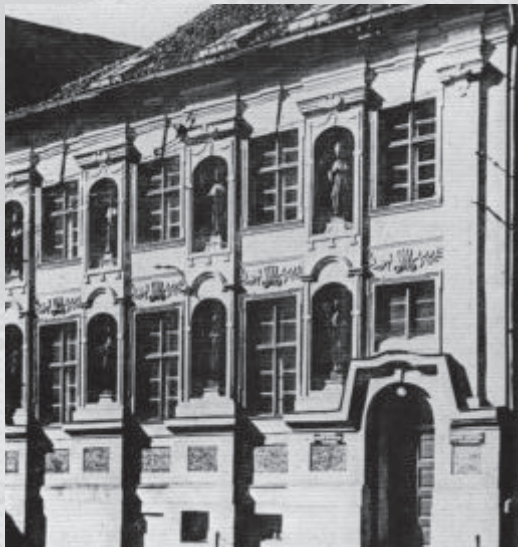
Die 1904 gegründete Burschenschaft „Gothia“ ging 1934 in der Dresdner Burschenschaft Arminia auf, gehört heute zur Burschenschaft Arminia-Gothia in Braunschweig.



# Bildung und Schulwesen

Laut des Minderheitenschutzvertrages sollte eine deutsche Schule dort eingerichtet werden, wo mehr als 40 Kinder der ‚sprachlichen Minderheit‘ angemeldet waren. So gab es 1921/1922 in ganz Polen 1.562 staatliche deutsche Volksschulen, davon 369 in Pommerellen. Für die polnischen Behörden waren dies allerdings keine deutschen Schulen, sondern polnische Schulen mit deutscher Unterrichtssprache – und wo polnische und deutsche Kinder gemeinsam unterrichtet wurden, geschah dies auf Polnisch. Dies war durchaus im Interesse auch der deutschen Lehrerverbände, die eine Integration ablehnten und stattdessen die Minderheit stabilisieren und als eigenständige „Volksgruppe“ dauerhaft etablieren wollten.

Dabei kam auch der Lehrerausbildung eine wichtige Rolle zu. In Graudenz wurde 1920 ein Seminar eingerichtet, das die Ausbildung des Lehrernachwuchses für die Volksschulen in Pommerellen und dem Kulmer Land übernahm. Die Absolventen wurden als Lehrer auf Zeit in den polnischen Staatsdienst übernommen und meist in deutschen Klassen eingesetzt. Der deutschsprachige Unterricht wurde jedoch im Laufe der Jahre immer weiter ausgedünnt, das Lehrerseminar geriet zunehmend in den Brennpunkt wachsender Nationalitätenkonflikte.



**Deutsches Lehrerseminar Graudenz**  
Foto, aus: Die Stadt und der Landkreis Graudenz, Osnabrück 1976  
Im April 1920 wurde in den Räumen des alten Benediktinerklosters in der Nonnenstraße ein „Staatliches Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache“ eingerichtet. Die behördliche Schließung erfolgte 1929.

1929 wurde das Seminar auf behördliche Anweisung geschlossen. Durch die mit der Abwanderung vieler Deutscher verbundene Verringerung der Lehrer- und Schülerzahlen erhöhten sich die behördlicherseits durchgeführten Schulschließungen bis 1939 erheblich. Die polnischen Behörden trieben so eine Polonisierung des deutschen Schulwesens voran. Die deutschen Organisationen bemühten sich durch die Einrichtung von Privatschulen und den Einsatz von Wanderlehrern dem etwas entgegenzusetzen. Diese Wanderlehrer hatten keine staatliche Lehrerausbildung. Ihre Tätigkeit stellte aus polnischer Sicht illegalen Unterricht dar.

Da das Angebot an deutschsprachiger Literatur an den staatlichen Schulen sehr gering war, wurde ein Netz von deutschen Bibliotheken aufgebaut. Hierdurch sollte einerseits das Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Nation gestärkt, andererseits eine Abgrenzung gegenüber der polnischen Kultur vorgenommen werden. Im Jahre 1928 verfügten die deutschen Bibliotheken in Polen über ein Angebot von 320.000 Büchern. Zusätzlich wurden Wanderbibliotheken und ein Buchversand organisiert. Daneben führten die Bibliotheken Vorträge und Konzerte durch.



**Schulklassen in Groß-Bösendorf**  
Foto, 1934  
[Stiftung Heinz Müller, Osnabrück]  
Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 1920 bis 1923 in Groß-Bösendorf im Kreis Thorn.



**Schülerinnen und Schüler im Kreis Schwetz**  
Foto, 1936  
Schülerinnen und Schüler aus den Landgemeinden Jungensand, Nieder- und Ober-Sartowitz und Jungen vor der Fahrt mit dem Pferdegesspann nach Schwetz zur dortigen deutschen Privatschule.



**Schulorchester Goetheschule Graudenz**  
Foto, 1935  
Das auf Veranlassung des Deutschen Schulvereins Graudenz mit dem Schuljahr 1920/21 gegründete „Deutsche Privat-Realgymnasium“ in Graudenz wurde 1930 umbenannt; bis 1939 hieß die Schule nun offiziell „Goetheschule, Privatgymnasium des Deutschen Schulvereins, Grudziądz“. Die Zahl der Schüler lag Ende der 1920er Jahre bei knapp 300.

# Die Deutsche Bühne Grudziądz

Eine wichtige Rolle bei der Erhaltung der deutschen Kultur spielten die Theater. Anstelle der nach 1919 geschlossenen professionellen Theaterbetriebe kam es auch in Pommern zur Gründung zahlreicher Laientheater. Deutsche Theater gab es unter anderem in Thorn, Dirschau und Konitz. Besonders aktiv war die Deutsche Bühne in Graudenz, das nunmehr Grudziądz hieß.

Nur ein Jahr nach dem Übergang an Polen initiierten der Buchhändler Arnold Kriedte und andere verbliebene Landsleute 1921 die „Deutsche Bühne Graudenz“. Noch im selben Jahr kam es zur ersten Aufführung im evangelischen Gemeindehaus.

Alle Darsteller wie auch die Musiker des Bühnenorchesters waren Laien. Ziel der kulturellen Vereinigung war die Schaffung eines deutschen Theaters, „das uns mit dem deutschen Geistes- und Kulturleben in Verbindung hält“. Zur Aufführung kamen

Lustspiele und Musikabende, es wurden aber auch Karnevalsfeiern und Oktoberfeste organisiert. Getragen wurde das Unternehmen durch private Spenden und Eintrittsgelder, auch durch die Unterstützung des Berliner „Vereins heimattreuer Graudenzler“.

Neben dem kulturellen und geselligen Beisammensein zählte aber auch ein weiterer Punkt, den der Vorsitzende Arnold Kriedte klar formulierte: „Bedenken Sie aber auch, dass jeder, der hier fortzieht, den Einfluss der zurückgebliebenen deutschen Volksgenossen schwächt“. Personelle Probleme entstanden 1925, als eine größere Abwanderung von Personen erfolgte, die für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert hatten und Polen daher verlassen mussten. Danach konnte pro Woche nur noch eine Aufführung stattfinden. Bis zur Auflösung der Deutschen Bühne im Jahr 1940 fanden insgesamt 670 Inszenierungen statt.



**Deutsche Bühne Graudenz**  
Foto, vor 1940  
Mia Riedel und Leni Ritter in dem Lustspiel „Krach im Hinterhaus“.



**Arnold Kriedte (Graudenz 1869 - 1945 Coburg)**  
Foto, o. J.  
Der Mitbegründer und spätere Leiter der Deutschen Bühne Graudenz 1921-1933.

**Deutsche Bühne Grudziądz**  
Foto, o. J.  
Das evangelische Gemeindehaus in Graudenz diente zwischen 1921 und 1940 als Spielstätte für die „Deutsche Bühne Grudziądz“.





# Eine Provinz verschwindet

25. Juni – 18. Oktober 2020

Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr



**Westpreussisches Landesmuseum**

Klosterstraße 21  
48231 Warendorf

[www.westpreussisches-landesmuseum.de](http://www.westpreussisches-landesmuseum.de)

Das Westpreussische Landesmuseum wird gefördert durch:



Trägerin des Museums:  
KulturStiftung Westpreußen